



Biwöchlicher Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inel.
Porto 2 Thlr. 11 1/4 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfstelligen Zeile in Zeitungsschrift 1 1/4 Sgr.

Nr. 484. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
amtshäfen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Donnerstag, den 16. October 1862.

Telegraphische Nachrichten.

London, 14. Okt. Nach mit dem Dampfer „Etna“ eingetroffenen Berichten aus Newyork vom 4. d. steht ein Kampf zwischen General Buell und den Konföderierten bei Louisburg bevor. Präsident Lincoln hat über die Armee am Potomac eine Revue abgehalten; man hielt eine Schlacht zwischen Mac Stellon und Lee für nahe bevorstehend. — Im Kongresse der Südstaaten ist die Emancipation-Proklamation Lincolns bestigt getadelt worden und man hatte Repressalien gegen die Unionstruppen vorgeschlagen, um ein Zurückziehen der Proklamation oder wenigstens ein Aufhalten der Ausführung derselben zu erwirken. — „York World“ glaubt, daß die Proklamation die Eroberung des Südens nur doppelt schwierig machen werde; die Ereignisse würden zeigen, daß dieselbe einen grüßen Fehler gewesen sei. — Nach dem 1. November werden bei der Douane in New-York keine fremden Fakturien eingeschränkt werden, die nicht von dem Konsul des ausländischen Einschiffungsplatzes ein Certifikat haben. (Weitere Ausführung der bereits in der Morgennummer mitgetheilten Depesche.)

London, 15. October. Getreidemarkt (Schlußbericht). Getreidepreise unverändert. — Wetter unbeständig.

Amsterdam, 15. October. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen stille. Roggen loco unverändert, Dernimrogen 1 fl. niedriger. Raps October 81, April 84 1/2. Rübbel Herbst 46 1/2. Mai 47.

Belgrad, 14. Oct. Heute Morgens sind zwei Transporte Türken, und zwar eine mit 600 Personen nach Komalanta, der andere mit 300 Personen nach Breslau in Bosnien abgegangen.

Preußen.

Berlin, 15. Okt. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allernädigst geruht: Dem Kreis-Bundarzt Pütter zu Wittlich im Regierungsbezirk Trier den rothen Adler-Orden vierter Klasse und dem Schullehrer, Organisten und Küster Habenicht zu Langenweddingen im Kreise Wanzen das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allernädigst geruht: dem ersten diensthabenden Kammerherren der vermittelten Königin Majestät, Oberst-Lieut. a. D. Grafen Jind v. Findenstejn, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Sachsen Majestät ihm verliehenen Komthurkreuzes zweiter Klasse des Albrechts-Ordens zu ertheilen.

Der Landgerichts-Referendarius Wilhelm Peter Seraphim Klein aus Düsseldorf, ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advocaten im Bezirk des königl. Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Der Hector Dr. Meyer zu Saarlos ist an das Gymnasium zu Trier als ordentlicher Lehrer verfehrt worden. — Am Gymnasium zu Stettin ist die Anstellung des Schulamts-Candidaten Lemcke als Collaborator genehmigt worden. — Am Gymnasium zu Neu-Stettin ist der Schulamts-Candidat Dr. Hermann Heinze als ordentlicher Lehrer angestellt worden. — An der Königlich-Sächsischen Realschule zu Berlin ist die Anstellung des Schulamts-Candidaten Dr. Nale als ordentlicher Lehrer genehmigt worden. — An der Realschule zu Magdeburg ist die Anstellung des Dr. Friedrich Stephan als ordentlicher Lehrer genehmigt worden. (St.-Ara.)

[Patent.] Dem August Thunes zu Abydt ist unter dem 13. Okt. 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung, Beschreibung und Modell nachgewiesene, in ihrer Verbindung für neu und eignthümlich erachtete Spül- und Walmaschine für wollene und halbwollene Stoffmärsche ohne Femand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umsang des preußischen Staates erteilt worden.

Berlin, 15. Okt. [Vom Hofe.] Ihre königl. Hoheiten der Prinz Albrecht (Sohn) und der Prinz Adalbert fuhren heute Vormittags 10 Uhr nach Potsdam. Dorthin begab sich mit demselben Bahnzuge zur Theilnahme an der Gedächtnisfeier in der Friedenskirche zu Sanssouci der General-Feldmarschall v. Wrangel, die Generale von Grabow, v. Alvensleben, v. Willisen, der russische Militär-Bevollmächtigte, General Graf Adlerberg, der Chef-Präsident des Ober-Tribunals, Staatsminister a. D. Uhden, der General-Stabsarzt der Armee, Leibarzt Dr. Grimm, der Kammergerichts-Präsident a. D. v. Kleist, der Geheime Ober-Baurath Stüler, der Ober-Hofbaurath Hesse r. Ihre königl. Hoheiten die Prinzen Albrecht (Sohn) und Adalbert kehren Abends von Potsdam hierher zurück; die übrigen Personen, welche an der Gedächtnisfeier teilgenommen hatten, trafen nach dem Schluss derselben wieder hier ein.

[Die Deputationen aus Danzig, Naugard und Soldin, welche von ihren Kreisen abgesandt sind, um Sr. Majestät dem königl. Ergebenheits-Adressen zu überreichen, machten im Laufe des gestrigen Tages Sr. Excellenz dem Herrn Minister-Präsidenten ihre Aufwartung.

[Ministersitzung.] Heute Vormittag 11 1/2 Uhr trat das Ministerium im Hotel des Staatsministeriums zu einer Berathung zusammen.

[Der Kriegs- und Marine-Minister-General-Lieutenant von Roon] hat heute eine Reise nach der Schweiz angetreten und wird in etwa vier Wochen hierher zurückkehren.

[Graf Schwerin] ist nach Pufar abgereist.

Berlin, 15. Okt. [Berichtigung.] Der „Voss. Ztg.“ sind folgende Berichtigungen aus dem Kriegsministerium zugegangen:

1) Die Nr. 238 der „Vossischen Ztg.“ vom 11. Oktober bringt auf der vierten Seite einen Artikel, worin die Besoldungen der Chargen der Infanterie und vergleichsweise die Brüder angegeben werden, welche die einzelnen Chargen dem Staate kostet. Diese Darstellung ist schon insofern vollständig unrichtig, und muß zu ganz irrgänigen Schlüssen führen, als darin nicht berücksichtigt ist, daß die Unteroffiziere und Mannschaften außer der Besoldung die vollständige Bekleidung, Brodt, Waffen und die Ausrüstung erhalten, während die Offiziere sich alle diese Gegenstände, und zwar in einer weit kostspieligeren Qualität als ihrem Solde beschaffen müssen.

2) In der ersten Beilage S. 7 derselben Zeitungs-Nummer wird unter „Grauden“, 8. Oktbr.“ nach der „Bromberger Zeitung“ die Nachricht mitgetheilt, daß der Hauptmann v. Besser zu einem 6monatlichen Festungsarrest verurtheilt sei, und daß derselbe nach verbüßter Strafe in dasselbe Regiment als Compagniechef wieder eintrete. Diese Nachricht ist in ihren beiden Theilen völlig unwahr.

Berlin, den 12. Oktober 1862.

Der Kriegs- und Marineminister v. Roon.

Es wäre sehr wünschenswerth, wenn endlich mitgetheilt würde, was denn eigentlich der Herr Hauptmann v. Besser für eine Strafe erhalten hat.

Berlin, 14. Oct. Die „Börse-Ztg.“ schreibt: Wir hören von verschiedenen Seiten Andeutungen über die Absichten der Regierung, die freilich unglaublich erscheinen. Diese Andeutungen gehen einmal darauf hinaus, daß die Regierung nicht eine Wieder-Einberufung, sondern eine Auflösung des Abgeordnetenhauses beabsichtige. Von der Octroyirung eines neuen Wahlgesetzes, die in Erwägung gezogen wurde, glaubt man indessen abstrahieren zu müssen, beabsichtigt dagegen dem durch eine Octroyirung zu erreichen Zwecke auf andere Weise genügen zu können. Die desfallsige Absicht soll nach einer Berston auf nichts Anderes ausgeben, als auf die Sistirung des Artikels 85 der Verfassung, der die Zahlung von Diäten an die Abgeordneten bestimmt und nach einer anderen darauf, daß die zu Abgeordneten gewählten Beamten auf eigene Rechnung ihre Stellvertretung zu regeln verpflichtet

werden sollen. Die Absicht derartiger Maßnahmen liegt freilich auf der Hand, weniger ihr Gelingen. Man will dadurch Unbemittelten den Eintritt ins Abgeordnetenhaus unmöglich machen, allein die jüngste Vergangenheit hat gelehrt, wie wenig erfolgreich ein Appell unserer Regierung an den „wohldenkenden“ Theil der Nation gewesen.

Das Gericht, daß der Generalmajor v. d. Gröben, ehemals persönlicher Adjutant des Prinz-Regenten und später Commandeur des 7. Husaren-Regiments, an Stelle des Generals v. Manteuffel die Leitung des Militär-Cabinets erhalten werde, erhält sich mit sicherer Bestimmtheit, daß demselben doch wohl ein thatsächlicher Hinterhalt zu Grunde liegen möchte.

Berlin, 14. Okt. [Presprozeß.] Bei der 4. Deputation des Criminalgerichts kam gestern der erste von einer Reihe von Presprozessen zur Verhandlung, welche sämmtlich noch in dieser Woche ihre Erledigung finden sollen. Der Redakteur der „National-Zeitung“, Dr. F. Zabel, war angeklagt, durch einen in der Nr. 204 der „National-Zeitung“ Morgen-Ausgabe vom 3. Mai d. J. abgedruckten, von ihm selbst verfaßten Leitartikel mit der Überschrift: „Die Haupträume“, Anordnungen der Obrigkeit geschmäht und dem Hause und der Verachtung ausgekehrt und den Kriegsminister v. Roon mit Bezug auf sein Amt öffentlich verleumderisch beleidigt zu haben. Dieser Leitartikel bespricht den Wahlerlass des Kriegsministers und erwähnt gegenüber den an die Arbeitskräfte des Landes gemachten Ansprüchen, ein wie großer Theil der Bevölkerung durch die gegenwärtige Militär-Verfassung der Fortbildung, Niederlassung und Verheirathung entzogen und dem Kriegsminister untergeordnet sei, und welche Mittel demselben in Beziehung auf diesen Theil der Bevölkerung in Betreff der bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus zur Verfügung ständen. Die Staatsanwaltschaft behauptete nun von dem Angeklagten, er habe offen erklärt, der Minister habe den zur Armee gehörigen stimmberechtigten Urwählern befohlen, in welchem Sinne zu wählen hätten und schließt hieraus, daß dem Kriegsminister der Vorwurf gemacht sei, er habe sein Amt zu einem Zweige gemischaubaut, wodurch nicht nur seine Anordnung, sondern auch er selbst dem Hause und der Verachtung ausgesetzt sei. Der Angeklagte Dr. Zabel, der im Beistande des Rechtsanwalts Lewald im Audienztermine erschienen war, erklärte, daß die incriminierten Worte lediglich eine bildliche Darstellung enthielten und daß dieselben nur nachweisen sollten, wie viele Wähler das Militär enthalte.

Der Staats-Anwalt beantragte sechs Wochen Gefängniß gegen den Angeklagten und behauptete, daß die Annahme mildender Umstände ausgeschlossen werden müsse, weil eine prämeditierte Agitation gegen das Staats-Ministerium in der liberalen Presse herrschte. Der Vertheidiger beantragte daß

Nichtsduldig, event. erhob er den Einwand der Wahrlaß und brachte den Wahlerlass des Kriegsministers vom 27. März und den Erlaß des Divisions-Commandos der Garde vom 7. April d. J. aus der „National-Zeitung“ zur Verlesung. Der Staatsanwalt brachte dagegen das in dem Erlaß des Kriegsministers angezogene vertrauliche Schreiben des Kriegsministers zur Verlesung. Der Vertheidiger bestritt die Authentizität der vorgelebten Abschrift des vertraulichen Schreibens und unter diesen Umständen glaubte auch der Staatsanwalt die Authentizität der vom Vertheidiger verlebten Erlasse betreiten zu müssen. Der Gerichtshof resolvirt, daß, weil im Artikel gesagt sei, der Kriegsminister habe die Militärs zur Wahlurne kommandiert, hierin aber nicht bloß eine Aufforderung zum Wählen gefunden werden könnte, der angekretete Beweis der Wahrheit zu erheben, und die Übereinstimmung der 2. Erlasse zu constatiren sei. Nach Verkündigung dieses Resultats wurde von beiden Theilen die Authentizität der Erlasse anerkannt und erfolgte deren Verlesung. Hierauf zog sich der Gerichtshof zur Berathung zurück und erklärte, daß der Redakteur Dr. Zabel der öffentlichen Behauptung einer erdichteten Thatfrage, durch welche Anordnungen der Obrigkeit dem Hause und der Verachtung ausgesetzt werden und der Verleumdung öffentlicher Beamten in Beziehung auf ihren Beruf schuldig und mit einem Monat Gefängniß zu bestrafen, daß dem Verlebten die Befugnis zur Veröffentlichung des Urteils zugesprochen und die incriminierten Stellen des Artikels zu vernichten seien. Das Gericht hatte angenommen, daß mit der Behauptung „hr. v. Roon habe das Militär zur Wahlurne kommandiert“, zweifellos habe gesagt werden sollen, „er habe befohlen, wie gewählt werden solle.“ Der Wahlerlass des Hrn. v. Roon sei aber als Anordnung der Obrigkeit zu betrachten. Anlangend den angetretenen Beweis der Wahrheit, so hatte der Gerichtshof im Wahlerlaß nur eine Stelle für zweifelhaft erachtet, nämlich, daß nach diesem nur solche Männer gewählt werden sollten, welche das Staatsministerium unterstützen würden, im Gegenzug zu der Fortschrittspartei und den verkappten Bundesgenossen derselben. Das Gericht hat hierin indessen keinen Befehl, sondern nur einen guten Rath und starken Wunsch gefunden.

Der Rittergutsbesitzer Röder zu Lichtenberg verbreitete im Novbr. 1861 zwei Flugblätter an die Urmälzer des Ober- und Nieder-Barnimischen Kreises, welche von Schmähungen und Schimpftreden gegen die „feudale“ Partei überstossen. Um nur eine Stelle hervorzuheben, hieß es darin:

„Sie (die „Feudalen“) nennen sich conservativ und wollen die Revolution, sie nennen sich Christen und wollen die Bluttaufe, sie nennen sich Protestanten und verehren und stützen den Papismus, sie nennen sich Neupreußen, und durch Jena, durch Uebergabe unserer Festungen, durch Leben am Hofe der Napoleoniden, durch Vorliebe für Kaiser Nikolaus, durch die Schmach von Holstein, Bronzell und durch ungäßige volksfeindliche Bestrebungen verleugneten sie den preußischen Geist.“

Gleichwohl wurde der Rittergutsbesitzer Röder von der gegen ihn erhobenen Anklage der Gefährdung des öffentlichen Friedens durch das hiesige Königl. Kreisgericht freigesprochen, weil einmal eine bestimmte Mehrheit von Individuen, gegen welche zu Haß und Verachtung angereizt sei, vermitzt, außerdem aber auch behauptet wurde, daß der Angeklagte nicht die Absicht einer Friedensstörung gehabt, vielmehr lediglich für Wahlen im Sinne der liberalen (Fortschritts-) Partei agitiert habe. Auf die gegen dies Urteil vom Staatsanwalt eingelebte Appellation stand am 13. d. M. Audienz vor dem Criminalsenat des Kammergerichts an. Den Vorsitz führte der Geh. Justiz. Nicolovius, die Ober-Staatsanwaltschaft wurde durch den Kreisr. Gols vertreten; Vertheidiger war Rechtsanwalt Lewald. Nach Verlesung der beiden Wahlerlaße führte der Staatsanwalt aus, daß die Gründe des ersten Urteils nicht stichhaltig erjähren. Eine bestimmte Klasse von Individuen sei allerdings in den Flugblättern angegriffen, nämlich der Adel, der ganze Inhalt ließe in schwülster Form auf das französische Revolutions-Stichwort: „les aristocrates à la lanterne“ hinaus. Eine unbefangene Lecture jedes beliebigen Passus ließe hierüber keinen Zweifel. Ebenso sei es unrichtig, wenn der erste Richter die Absicht einer Friedensgefährdung fordere, es genüge zur Anwendung des § 100 des Strafgeebuches ein Handeln mit dem Bewußtsein der daran entspringenden Gefahr. Daß der Angeklagte dies gehabt habe, unterliege um so weniger einem Zweifel, als er sich selbst in der Appellationsantwortung als einen gewieften Politiker hingestellt habe. Mit Rücksicht auf diesen Umstand und darauf, daß der Angeklagte selbst Gutsbesitzer sei, wurde eine Gefängnißstrafe von vier Wochen beantragt. Der Vertheidiger erklärte den Adel durchaus nicht für angegriffen, der Angeklagte habe einfach seinen politischen Gegner bei der Wahl unterlegen lassen wollen, und dazu allerdings etwas starke Mittel angewendet. Bestimmte Persönlichkeiten seien aber nirgends verletzt. Daß der Adel als solcher nicht gemeint sei, ergabe, daß ein Edelmann, der Graf Hade, später vom Angeklagten gewählt sei, und daß das damalige Ministerium, welches er doch habe führen wollen, aus Adeligen bestanden habe. Ein Uebrigens sei die Staatsanwaltschaft mit sich selbst nicht einig, denn die Tempeltey'schen Wahlerlaße seien vom Stadtgerichte gleichfalls freigegeben, ohne daß dagegen appelliert worden sei. Der Vertheidiger beantragte die Bestätigung des freisprechenden ersten Urteils, event. doch nur Geldbuße auszusprechen. Aus der Entgegnung des Staatsanwalts ist noch zu bemerken, daß gegen den Schriftsteller Tempeltey gleichfalls appelliert ist, und daß der Angeklagte allerdings solche Delikte, welche „Kopf und Herz auf der rechten Stelle hätten“, d. h. zur Fortschrittspartei gehörten, auch schon in dem einen Wahlerlaß ausgenommen habe. Was das angeführte Stützen der Minister anbetreffe, so sei dies den neuesten Ereignissen gegenüber wohl nur schwerhaft zu deuten. Der Gerichtshof beriet ziemlich lange und verludete dann, daß das erste Urteil abgeändert und Angeklagter zu 100 Thlr. Geldbuße, im Unvermögensfalle einem Monat Gefäng-

nis verurtheilt sei. In den Gründen wurde anerkannt, daß gegen den Adel als solchen agitiert wird, und daß es ganz gleichzeitig sei, ob eine Friedensstörung wirklich eingetreten oder auch nur beabsichtigt sei, sofern dem Angeklagten das Bewußtsein der Tragweite seiner Schritte klar gewesen. Daran könne aber im vorliegenden Falle durchaus nicht gezweifelt werden.

K. C. [Neuwahlen.] Für die durch Niederlegung des Mandats seitens des bisherigen Abg. Houselle erledigte Stelle eines Vertreters für Elbing ist die Candidatur des Herrn v. Unruh in Aussicht genommen; derselbe hat aus Rücksicht auf die Schwere des jetzigen Conflicts die Annahme des Mandats bestimmt zugesagt. — Für den Fall, daß der Abg. Simon sein Mandat für Breslau niedergelegt aus geschäftlichen Gründen sich genöthigt sehen sollte, ist Johann Jacoby in Königsberg zu seinem Nachfolger ausersehen. — Von sonstigen erledigten Mandaten verlautet nichts.

Stettin, 14. Okt. [Zur Presse.] Die mit Beflag belegte Nummer der „N. Stett. Ztg.“ ist vom Gericht freigegeben worden.

Magdeburg, 14. Okt. [Beschlagnahme.] Die Morgen-Ausgabe der „Magd. Z.“ ist heute in den ersten Frühstunden polizeilich mit Beflag belegt worden. Die Beilagen sind von dieser Maßregel nicht betroffen. Der Grund der Beschlagnahme wird in dem Inhalt zweier Berliner Correspondenzen vermutet. (M. C.)

Deutschland.

Karlsruhe, 13. Okt. [Ihre Majestät die Königin von Preußen] hat, wie die „Karlsr. Z.“ mittheilt, heut Nachm. 3 Uhr Baden verlassen. Hochstadel hat in Karlsruhe J. f. H. die Großherzogin Sophie und J. groß. H. die Frau Markgräfin Wilhelm besucht und wird in Mannheim übernachten. Die Königin reist morgen nach Trier, wo sie einige Tage verweilen wird, und bezieht dann die Residenz Koblenz für mehrere Wochen.

Kassel, 11. Okt. [Aufsicht auf eine Amnestie.] Im Ministerium ist, dem Vernehmen nach, ein Entwurf zum Erlaß einer Amnestie wegen politischer Vergehen ausgearbeitet worden; derselbe wird aber wohl gleiches Schicksal wie die übrigen Vorlagen haben, welche seither bearbeitet worden sind. Es wird dazu dienen, den Amtsstoff zu vergrößern, dessen Inhalt auf Genehmigung vorläufig noch vergeblich wartet. Würde der Erlaß der Amnestie noch vor der Zusammenkunft der Ständeversammlung bewirkt, so würde der erste Anlaß zu einem Conflict derselben mit der Regierung, zu welchem die Wahl des Traubert die Veranlassung bieten würde, bestehen. Aber abgesehen hiervon ist es ein Gebot der Ehre und der Pflicht eines jeden Ministeriums, endlich dahin zu wirken, daß ein Vergeben und Vergeben für Vergehen eintritt, welche aufgehört haben, nach jeder Richtung hin als solche bezeichnet werden zu können, da der Kampf, in welchem sie begangen, als ein gerechtfertigter von Gott und der Welt anerkannt worden ist. Unser Verfassungskampf kommt dabei nicht allein in Betracht. Wir haben noch achtbare Männer, welche als Flüchtlinge im Auslande sich aufzuhalten und die Heimat meiden müssen, da sie zu schweren Kerkersstrafen verurtheilt sind, deren ganzes Verbrechen darin besteht, daß sie Mitglieder des sog. Rumpfparlaments gewesen sind. Es ist an der Zeit, daß dieser Gegenstand in ernste Erwägung gezogen und auf die Tagesordnung der öffentlichen Besprechung gelegt werde. (Weser-Z.)

Kassel, 14. Okt. [Einberufung des Landtages.] Die „Kass. Ztg.“ bringt an der Spitze ihrer heutigen Nummer das (bereits telegraphisch angezeigte) nachfolgende Ausschreiben des Ministeriums des Innern, die Zusammenberufung der Landstände betreffend: „Se. königliche Hoheit der Kurfürst haben die Zusammenberufung der Landstände auf den 27. Oktober d. J. allernädigst anzuordnen geruht. Es wirkt dies zur Nachachtung für Alle, die es angeht, hierdurch bekannt gemacht. Kassel, am 13. Oktober 1862. Kurfürstliches Ministerium des Innern. v. Sternberg. v. Baumann.“

Jena, 11. Okt. [Todesfall.] Heute entschließt der Geheime Hofrat Professor Dr. D. G. v. Kiefer, Präsident der kaiser

Ministeriums Ratazzis geheizt. Aber auch in diesem Falle dürften die politischen Debatten so viel Zeit rauben, daß am ersten Januar mit dem Finanz-Provisorium nicht zu Ende zu kommen sein wird.

(Nat.-Ztg.)
Rom. Am 5. Oktbr. ist der erste Eisenbahngang direct von Neapel nach Rom gefahren. — Es ist der päpstlichen Regierung nicht gelungen, ein Ansehen bei Herrn Salamanca zu negociren. — Erzherzog Rainer ist am 12. d. M. in Rom eingetroffen. — Der Papst gab am 13. d. M. zu Castel Gandolfo dem früheren König von Neapel und seiner Familie ein Diner, an dem auch mehrere Cardinale und einige römische Fürsten Theil nahmen.

Frankreich.

Paris, 13. Oct. [Der Status quo soll vorerst noch bleiben. — Die „Presse“ über die preußische Krise. — Allerlei.] Einem Gerücht zufolge hätte Herr Benedetti in Turin die Antwort auf die Durando'sche Note übergeben; dieselbe lautete dahin, daß Frankreich vorerst noch den Status quo aufrecht zu erhalten beabsichtige. Herr Thouvenel soll indessen das Wort „vorerst“ stark accentuiert haben, wie man das von ihm wohl erwarten durfte, namentlich Angesichts des heutigen Artikels der „Debats“, der von ihm inspirirt sein soll. Der Kaiser, so heißt es in diplomatischen Kreisen, wird vor den Neuwahlen keinen Schritt in der römischen Frage thun. Wahrhaft abgeschmackt ist das Gerücht, wonach Österreich, Spanien und Bayern hier erklärt hätten, sie würden ihre Truppen nach Rom senden, falls Frankreich die seining zurückzöge. Diese drei Höfe wissen zu gut, daß der Kaiser eine solche Intervention nicht dulden kann, ohne sein eigenes Werk zu zerstören, d. h. sich moralisch zu ruinieren, und daß überdem England sich einem Vorgehen der genannten Mächte entschieden widersezen würde.

Herr von Lavalette wird, wie man mit vieler Bestimmtheit jetzt versichert, nicht mehr nach Rom zurück, sondern nach London gehen. Auch von Herrn Thouvenel heißt es, er werde wieder Urlaub nehmen, — nach einigen Nachrichten, weil er mit seiner Politik nicht durchdringen kann, nach anderen, weil seine Frau so gefährlich krank ist, daß man an ihrem Aufkommen zweifelt. — Es sollen jetzt sogar alle Friedensrichter Frankreichs zum Berichte über die allgemeine Stimmung in Betreff der römischen Frage aufgefordert werden.

Neben der römischen Frage beschäftigt man sich am meisten mit der preußischen Krise. Die „Debats“ bemerken zu der Verwerfung des Budgets von Seiten des Herrenhauses, daß die hierdurch entstandene erste Verfassungsfrage schon im Vorraus durch die Traditionen und das unveränderliche Verfahren aller Repräsentativ-Regierungen gelöst sei, bei denen es dem Prinzip nach gelte, daß in Steuerangelegenheiten die Vertreter derjenigen, welche die Steuer bezahlen, d. h. die Wahlkammer den Ausschlag zu geben hat. Auch die „Presse“ erörtert heute ausführlich die preußische Verfassungsfrage. Nachdem sie ausgeführt, daß das Abgeordnetenhaus sich streng innerhalb seiner verfassungsmäßigen Befugnisse gehalten, das Herrenhaus dagegen gegen die Verfassung des Landes gehandelt hat, fährt sie fort:

„Dem Herrenhaus gebührt die ganze Verantwortlichkeit für diesen Alt. Wo werden jetzt die Übertretungen des Gesetzes aufzuhören? Wie dem auch sei, die Rolle der Abgeordnetenkammer hat in Folge dieses vermögenden Volksmerkwürdigkeitsweise eine Bedeutung gewonnen. Als Beschützerin des Rechts wenden sich zu ihr alle Freunde des Rechts. Es handelt sich jetzt nicht mehr um einen gewöhnlichen Kampf zwischen der privilegierten und der gewählten Kammer; es handelt sich um eine gegen die Verfassung gerichtete Herausforderung. Bis jetzt haben die Abgeordneten ihre Kraft aus der Mäßigung geschöpft, und sie müssen dies von nun an mehr denn je thun.“

Der Prinz Napoleon und seine Gemahlin haben nun ganz bestimmt die Reise nach Egypten aufgegeben. Von Neapel zurückgekehrt, ließen sie in Toulon ihre etwas beschädigte Yacht wieder ausschiffen, und schifften sich, nachdem sie noch ein von Mexico zurückgekehrtes Schiff, dessen Mannschaft stark durch das gelbe Fieber mitgenommen war, besucht hatten, nach Marseille und von da weiter nach Barcelona ein. Von dort werden sie sich direct nach Lissabon begeben. Von Lissabon werden sie nach Frankreich und zwar über Nochesfort gegen Ende des Monats zurückkehren. — Der König und die Königin von Portugal werden bestimmt in Compiègne während der Festlichkeiten, die dort stattfinden werden, erwartet.

Das Journal „Monte Christo“ von Alexander Dumas ist nach zweijährigem Bestehen unterdrückt worden. Seit einem halben Jahre hatte es von dem literarischen Felde fortwährend Streifzüge in die auswärtige Politik gemacht; daran ist es zu Grunde gegangen. — Man spricht jetzt viel von einer neuen Auszeichnung, die in Frankreich geschaffen werden soll. Es ist dies eine Civil-Medaille, die, um dem Ehrenlegionskreuz einen höheren Wert zu geben, für den Civilstand eine ähnliche Bedeutung erhalten soll, wie die Militär-Medaille für die Armee. — Alle Berichte der Präfecten sprechen sich höchst günstig über das Ergebnis der diesjährigen Ernte, so wie der Weinlesen aus. Der Ertrag der Getreideernte wird auf über 100 Millionen Hektoliter angeschlagen, was mit den noch übrigen beträchtlichen Beständen mehr als den Konsum befriedigen wird.

Merita.

New-York, 20. Oktbr. (Theilweise telegr. bereits gemeldet.) Gerüchte, denen zufolge eine Deputation des Südens mit Friedensvorstellungen sich auf dem Wege nach Washington befindet, scheinen unbegründet zu sein. Man weiß nur, daß Mr. Foote im Congresse zu Richmond die Neuordnung gehabt hat, es sei am Süden, Friedensvorstellungen zu machen, und würden diese abgelehnt, dann müsse die Verantwortung weiteren Blutvergießens dem Norden anheimfallen. General Wadsworth, der republikanische Kandidat für den Gouverneurs-Posten des Staates New-York, hatte seinerseits erklärt, die republikanische Partei sei entschlossen, die Union um jeden Preis aufrecht zu erhalten, und sollte darüber das ganze Land zur Wüste werden. — General McClellan hatte sein Hauptquartier drei Meilen näher an Harpers Ferry hinangeschoben, nachdem der conföderierte General Lee oberhalb dieses Platzes einige rätselhafte Bewegungen vorgenommen hatte. Man erwartet eine Schlacht in Winchester (Virginia). Von Leesburg her wurde Geschützdonner gehört, die Veranlassung war unbekannt. — Der „Monitor“ liegt bei Washington vor Anker. — Ein großer Theil von General Buells Armee hat sich in mehreren Kolonnen nach dem Innern Kentucky's auf den Marsch begaben. — Ein großer Raddampfer war am 19. ult. dem Blokaden-Geschwader vor Charleston entflohen.

Breslau, 16. Oktbr. [Zur Deputationsgeschichte.] Die „Sternzeit.“ teilt heute mit, daß sich auch der in Berlin als Herrenhaus-Mitglied anwesende Ober-Bürgermeister Elwanger der Deputation angeschlossen habe. Da somit der Stadtverordneten-Vorsteher Justizrat Hübner und der Ober-Bürgermeister Elwanger Mitglieder dieser merkwürdigen Deputation waren — einer Deputation, die alles Andere sein mag, nur nicht der Ausdruck der politischen Gesinnung der Bürger- und Einwohnerschaft Breslau's — so mag dadurch die „Sternzeit.“ zu der kolosalen Tendenzenwahrheit gekommen sein, daß die Stadt Breslau eine Deputation geschickt habe. Die Stadt Breslau steht mit einer ungeheuren Majorität der Einwohner auf der Seite des Abgeordnetenhauses. Aus dem

Landkreise waren Mitglieder dieser Deputation: der Landesälteste und Kreisdeputirte v. Lieres-Wilkau auf Gallowitz, Major und Landes-Aeltester v. Goldfuß auf Gr.-Linz, Gutsbesitzer Schroeter aus Lissa. Daß auch diese Herren in keiner Art und Weise die politische Gesinnung des breslauer Landkreises vertreten, wird die „Sternzeit.“ in den nächsten Tagen sehen.

Schließlich folgt hier noch der Wortlaut der Adresse, wie ihn die „Prov.-B. S. S. Ch.“, die von heute ab unter Redaction des Herrn Stadtstrath Grabowksi erscheint, mittheilt:

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König,

Allergnädigster König und Herr!

Euer Majestät nahmen wir nicht mit freudig erhobenem Herzen; die prophetische Warnung des in Gott ruhenden Königs vor Denzlingen: „so die königlich verliehene Freiheit gegen ihren Urheber lehnen, und die Verfassungs-Urkunde gleichsam als Erzäh der göttlichen Vorsehung, unserer Geschichte und der alten heiligen Treue betrachten möchten“, diese Warnung — mit Schmerz sei es bekannt — sie findet in der Gegenwart nur zu sehr ihre Bestiftigung. Denn wir müssen es sehen, wie durch rücksichtloses Gebrauch eines an sich zutreffenden Rechts die Landes-Wohlfahrt gefährdet, und das Herz gekränkt wird, welches von Gottes Gnaden berufen ist, am wärmsten für des Landes Wohl zu schlagen, und wir müssen es sehen, wie die von Euer Majestät in's Leben gerufene Armeereform in ihrem Wesen und leitenden Gedanken verkümmert werden soll, während die Machtsstellung Preußens die selbe erforderl., dabei die volzwirtschaftlichen Interessen gewinnen, und — nach Euer Majestät gewichtigem Mahnrufe — es ein schwer zu bestrafender Fehler sein würde, wollte man mit einer wohlfeilen, im Moment der Entscheidung den Erwartungen nicht entsprechenden Heeresverfassung prangen.

Aber — so unabwendbar auch der Conflict durch Diejenigen hervorgerufen wird, welche den todten Buchstaben über das lebende Verständniß des Landeswohls setzen — so nahen Euer Königl. Majestät wir dennoch nicht ohne Trost im Herzen. Denn der echte Preuße ist sich wohl bewußt, daß überall da, wo die Verfassungskunde als unvollkommenes Menschenwerk im Stiche läßt, und, ohne die Möglichkeit des Conflicts auszuschließen, doch auch der zutreffendste Weg zu seiner Lösung nicht anzeigt, die preußische Verfassung von selbst sich ergänzen müsse durch die Treue gegen das angestammte Herrscherhaus, welchem allein Preußen seine glorreiche Entwicklung, seine Geschichte verbandt, und durch die unerstüttliche Überzeugung, daß bis zur Wiedergewinnung des constitutionellen Geleisets der König allein für das Beste des Landes zu sorgen hat, keinem Menschen, nur Gott verantwortlich.

Euer Majestät wagen wir ehrfurchtvoll zu bitten, diesen Ausdruck unserer Gefinnungen allernädigst entgegennemmen zu wollen.

Euer Majestät

Breslau, 8. October 1862.

allerunterthänigste.“

(Folgen die Unterschriften.)

Auf diese Weise wird uns freilich die ganze Verfassung unter den Händen weg escamotirt. Vorläufig jedoch ist das Wort Grabowski: „Die beschworene Verfassung ist das Vollwerk unserer Freiheit“ mehr wert als alle diese Adressen, von denen man ja weiß, wie sie mit aller Noth und Mühe zu den Paar Unterschriften kommen.

Breslau, 16. October. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Hummer Nr. 55 eine braune Düsselade; außerhalb Breslau nachstehend bezeichnete Wertpapiere und zwar: die Köln-Windener 4 pcf. Prioritäts-Aktien Serie 4, Nr. 7811 bis incl. 7830 à 1000 Thaler, Nr. 8566 und 8567 à 1000 Thaler, Nr. 14800, 17291 à 500 Thaler und Nr. 39183, 39184, 39185, 49262 und 50001 à 100 Thaler, mit Coupons vom 1. October d. J. ab, die schlesischen Rentenbriefe Nr. 2360 und 19737 à 1000 Thaler incl. Coupons vom 1. October d. J. ab, die Staatschuldsscheine Nr. 2519 und 2872 à 500 Thaler, Nr. 12710 über 200 Thaler, Nr. 64723, 67043 und 17515 à 100 Thaler und die freiwillige Staatsanleihe von 1859, Nr. 3337 über 1000 Thaler, Nr. 11129 über 200 Thaler, und Nr. 23707 und 28915 à 100 Thaler.

(Pol.-Bl.)

Breslau, 16. October. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Hummer Nr. 55 eine braune Düsselade; außerhalb Breslau nachstehend bezeichnete Wertpapiere und zwar: die Köln-Windener 4 pcf. Prioritäts-Aktien Serie 4, Nr. 7811 bis incl. 7830 à 1000 Thaler, Nr. 8566 und 8567 à 1000 Thaler, Nr. 14800, 17292 à 500 Thaler und Nr. 39183, 39184, 39185, 49262 und 50001 à 100 Thaler, mit Coupons vom 1. October d. J. ab, die schlesischen Rentenbriefe Nr. 2360 und 19737 à 1000 Thaler incl. Coupons vom 1. October d. J. ab, die Staatschuldsscheine Nr. 2519 und 2872 à 500 Thaler, Nr. 12710 über 200 Thaler, Nr. 64723, 67043 und 17515 à 100 Thaler und die freiwillige Staatsanleihe von 1859, Nr. 3337 über 1000 Thaler, Nr. 11129 über 200 Thaler, und Nr. 23707 und 28915 à 100 Thaler.

(Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Uhr.	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
In Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Raumtemperatur.				
Breslau, 15. Oktbr. 10 U. Ab.	335,61	+4,0	SD. 2.	Heiter.
16. Oktbr. 6 U. Morg.	334,52	+1,6	SD. 2.	Heiter.
Berlin, 14. Oktbr. 2 U. Nachm.	336,06	+12,4	W. 2.	Trübe.
Wien, 13. Oktbr. 10 U. Abds.	330,27	+12,7	WSW. 3.	Trübe.

Wasserstand: Breslau, 16. Okt. Oberpegel: 12 f. 9 3. Unterpegel: — f. 9 3.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 15. October, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 70, 75, wird auf 70, 65, hob sich bis auf 71, 25, fiel wieder auf 70, 90 und schloß bewegt zur Notiz, Consols von Mittags 12 Uhr waren 93% eingetroffen. Schluss-Course: 3prz. Rente 71, — 4 1/2 prz. Rente 97, 80. Italienische 3prz. Rente 73, 10. 3prz. Spanier 49%. 1prz. Spanier 45%. Defferr. Staats-Eisenbahn-Aktien 502. Credit-mobilier-Aktien 1167. Lomb. Eisenbahn-Aktien 626. Defferr. Credit-Aktien 1.

London, 15. Oct. Am. 3 Uhr. Silber 61 1/4 — 1/4. Consols 93%. 1prz. Spanier 45%. Amerikaner 33%. Sardinier 84. 3prz. Russen 95. Neue Russen 95. Der Dampfer „Nova Scotian“ ist aus Newyork eingetroffen.

Wien, 15. Oct. Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Feste Stimmung. 3prz. Metall 71, 25. 4 1/2 prz. Metall 62, 25. Bank-Aktien 788. Nordbahn 193, 30. 1854er Loos 90, 50. National-Aktien 82, 30. Staats-Eisenbahn-Aktien 241, 50. Creditaktien 226. — London 122, 50. Hamburg 90, 75. Paris 48, 30. Gold —. Silber —. Böhmisches Westbahn 186, 18. Lombardische Eisenbahn 278, —. Neue Loos 129, —. 1860er Loos 89, 70.

Frankfurt a. M., 15. Oktbr. Nachmitt. 2 Uhr 30 Minuten. Ungeachtet der gestrigen niedrigeren pariser Notirungen blieb das Geschäft belebt und fest. Böhmisches Westbahn beliebt 84. — Schluss-Course: Ludwigshafen 139%. Wiener Wechsel 96%. Darmstadt 121%. Bantam 233. Darmst. Betrieb 254. 5prz. Metall. 57 1/4. 4 1/2 prz. Metall. 50%. 1854er Loos 72%. Deff. National-Aktien 66%. Defferr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 230. Defferr. Bant-Aktien 759. Defferr. Credit-Aktien 214%. Neueste Deff. Aktie 73%. Defferr. Elisabet-Bahn 124%. Rhein-Nahe-Bahn 28%. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 127.

Hamburg, 15. Oct. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse fest, aber rubig. — Schluss-Course: National-Aktien 67. Defferr. Credit-Aktien 91%. Vereinsbank 102. Norddeutsche Bank 99%. Rheinische 97. Nordbahn 64%. Disconto —. Wien —. Petersburg —.

Hamburg, 15. Oct. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, ab auswärts unverändert, ab Holstein 28psd. pr. Frühjahr 113 bezahlt. Roggen loco rubig, ab Königsberg und Danzig pr. Frühjahr zu 76 zu machen. Del pr. Okt. 31. pr. Mai 29%. Kaffee unverändert.

Liverpool, 15. Oktbr. [Baumwolle.] 1000 Ballen Umsatz. — Markt gedrückt. Preise niedriger.

Berlin, 15. Okt. Wollen wir der heutigen Börse das Brädfat einer feisten beilegen, so ist diese Bezeichnung, soll sie nicht als Uebertreibung gelten, mit einiger Reserve aufzunehmen. Das gilt darum, weil es einmal nicht an Rückgängen in den Courseen fehlte, wenn ihnen auch Coursesbewegen gegenüberstanden, und weil in manchen Effectengattungen, und zwar namentlich in Eisenbahnen, das Geschäft leblos war. Von den Speculationspapieren standen einige der österreichischen, namentlich Credit, neuzeitliche Loos und Westbahn im Vordergrunde des Verkehrs, doch gelang es nur dem erstgenannten Papier sich im Course zu heben, während Westbahn an Regsamkeit gegen sonst eingehüst hatte und die höheren Notirungen von leicht nicht mehr erreichte. Von Bank- und Credit-Aktien zeigten sich Disc.-Comm.-Anth. gut behauptet, Meininger gingen rege um und auch in Genferv wurde nicht ganz unbedrängt gehandelt. Einzelne der ausländischen Fonds zeigen etwas an, Eisenbahnnotirungen verbreiteten sich still, preuß. Fonds, namentlich Anleihen, waren offerirt. Der Discontosaf stellte sich heute auf 3 1/2 pcf.

(B. u. H.-B.)

Berlin, 15. Oktbr. Weizen loco 64—76 Thlr. nach Dual, feiner weissbunter poln. 75 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco 81—82psd. 51 1/2 Thlr. ab Bahn und Kabin bez., schwimmt eine Ladung 81—82psd. 51 1/2 Thlr. ab Bahn, 51 1/2 — 51 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Old., Oktbr.-Novbr. 47 1/2 — 48 1/2 — 48 Thlr. bez. und Br., 47 1/2 Thlr. Old., Novbr.-Dezbr. 46 1/2 — 47 1/2 — 47 Thlr. bez. und Br., 46 1/2 Thlr. Old., Frühjahr 45 1/2 — 46 1/2 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine 36—41 Thlr. pr. 1750 Psd. — Hafer loco 23—26 Thlr. Lieferung pr. Oktbr. 23 1/2 Thlr. bez., Oktbr.-Nov. 23 Thlr. Br., Novbr.-Dezbr. 23 Thlr. Br., Frühjahr 23 1/2 Thlr. bez. und Br., Mai-Juni 23 1/2 Thlr. bez. — Erb-

sen, Koch- und Futterwaare 50—56 Thlr. — Winterrapss 102—106 Thlr. — Winterräben 100—104 Thlr. — Rübbel loco 14 1/2 Thlr. bez., Oktbr. 14 1/2 — 15 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Old., Oktbr.-Novbr. 14 1/2 — 15 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Old., Novbr.-Dezbr. 14 1/2 — 15 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Th